



Klar 3-mal JA – NEIN zur JUSO Initiative!

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Mitglieder und Sympathisanten

Am **Abstimmungswochenende vom 28. Februar 2015** sind unsere Parolen klar und deutlich!

JA zur Durchsetzungsinitiative der SVP

JA zur Steuerinitiative der CVP

NEIN zur Juso-Initiative «Spekulation»

JA zur 2. Strassentunnelröhre am Gotthard

Mobilisieren Sie alle Freunde und Bekannten und motivieren Sie alle, unsere JA – JA – NEIN – JA Parolen zu unterstützen und auf die Abstimmungszettel zu notieren und auch wirklich stimmen zu gehen!

Voranzeige: 5 Abstimmungs-Vorlagen im Juni 2016

Die Milchkuhinitiative – die wichtige Finanzierungsvorlage für den Strassenbau ist gegen die Zweckentfremdung von Steuermilliarden von uns Auto-Fahrern. (Dies ist auch «unsere Initiative» aus dem «Dreierpaket» von 2013.)

Die «Flüchtlingsflut» und die Asylproblematik in ganz Europa und der Schweiz betrifft auch uns Autofahrer. Dem Mittelstand wird massiv Geld entzogen! Wir müssen uns jetzt wehren, es ist fünf nach zwölf.

Unsere direkten Vorschläge zur Asylpolitik sind:

Die Schweiz darf pro Kalenderjahr nicht mehr als **8000** «echte» Flüchtlinge als neue Einwanderer in unser Land aufnehmen. Die Schweiz hat über 8 Millionen Einwohner. Der Höchstwert soll nicht mehr als **1 Promille der Wohnbevölkerung** betragen. Dies sollte auch **für alle EU-Länder** und die restlichen Länder in Europa gelten.

Einige Fakten dazu: - In Deutschland sind 2015 über 1,1 Millionen «Flüchtlinge» zugewandert, was ein Rekordwert ist. Deutschland ist überfordert, «wir schaffen das nicht» müsste die eindeutige Antwort der Mehrheit an Frau Merkel sein. 3 Bundesländer haben im März 2016 Parlamentswahlen. – Wir werden sehen, ob diese Masseneinwanderung keine Auswirkungen hat. Nach unserer Maximalquote, hätten es 2015 in Deutschland nur 80'000 Aufnahmen von Flüchtlingen geben sollen. Die übrigen «Flüchtlinge» müssten umgehend ausgewiesen werden.

In der Schweiz waren 2015 mit rund 40'000 Asylgesuchen auch rund 5x zu viele, die ein Gesuch um Asyl – was fast immer dauerndes Bleiberecht bedeutet – gestellt haben.

Es gäbe klare Richtlinien, mit denen die Obergrenze von vertretbarer Zuwanderung von Wirtschaftsflüchtlings gesteuert werden könnte. Doch die Schweizer Flüchtlingspolitik unter der Führung von SP Bundesrätin Sommaruga, orchestriert von der ganzen Asylindustrie und von der



grossmehrheitlich linken Presse will das nicht. Ihre Devise ist, die Schweiz muss überall helfen, die hoch-heilige «humanitäre Tradition» darf gar keine «Flüchtlinge» abweisen usw.

Wir müssten **fordern und festlegen**, dass grundsätzlich aus einer grösstmöglichen Anzahl von Staaten kein Asylgesuch mehr gestellt werden kann. Diese Staaten wären alle nordafrikanischen Länder von Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen bis hin zu Ägypten. Dann dürften grundsätzlich keine Asylgesuche mehr von Eritrea, Somalia, Äthiopien und Nigeria und eigentlich von allen Ländern aus dem Kontinent Afrika gestellt werden. Die Zuwanderung aus Afrika nach Europa müsste möglichst gestoppt werden. Dazu sollten auch keine Asylgesuche mehr aus Afghanistan, Sri Lanka und ganz Indochina möglich sein.

Im Weiteren dürften grundsätzlich auch keine Asylgesuche aus ganz Europa mit Osteuropa, Nord- und Südamerika erlaubt und möglich sein.

Wirkliche Kriegsflüchtlinge sind momentan nur Personen aus Syrien und dem Irak.

So könnte eine wirkliche Asylpolitik gestaltet werden. Das was die sogenannten «Erweiterten Menschenrechte» verlangen ist nämlich nichts anderes als ein freies Zuwanderungsrecht für alle Armen – die ganze Überbevölkerung der 3. Welt – nach Europa und dann besonders auch in die Schweiz. – Wir bleiben beim Thema! -

Herzliche Grüsse

Frank Karli, *Präsidiumsmitglied auto-partei.ch u. Kantonalpräsident Aargau*



NEIN zur Staustadt St. Gallen

Abstimmungsvorlage Stadt St. Gallen vom 28. Februar 2016

NEIN zum Initiativbegehren «Für ein lebendiges Areal Güterbahnhof ohne Autobahnanschluss - NEIN zur Staustadt St. Gallen

Die Volksinitiative, über die im Februar 2016 abgestimmt wird, suggeriert im Titel, dass der Güterbahnhof als lebendiges Areal bestehen bleiben soll. In Tat und Wahrheit geht es nur um die Verhinderung des Autobahnanschlusses.

Die auto-partei.ch Kanton St. Gallen empfiehlt den Stimmbürgern diese Volksinitiative abzulehnen und NEIN zu stimmen! (mehr auf www.auto-partei.info/nein-zur-gueterbahnhof-initiative)

Stefano Calore, 9113 Degersheim SG, *Präsidiumsmitglied auto-partei.ch*